

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung
am Mittwoch, **09.02.2011**, 18:20 Uhr - 18:40 Uhr,
Braunsberg-Braniewo-Zimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Georg Berding , Olaf Dreßen , Jürgen Ohm , Werner Quante , Florian Steinforth , Simone Wendland

von der SPD-Fraktion

Felix Echelmeyer, Elke Leiendecker , Kurt Pölling , Christian Szepan

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Gerhard Joksch , Thomas Marczinkowski , Dr. Rita Stein-Redent

von der FDP-Fraktion

Jens-Ulrich Lenski

von der Fraktion DIE LINKE.

Ahmet Yesilyaprak

von der Verwaltung

Erwin Goerke , Dr. Wolf Heinrichs , Frank Möller

für die Schriftführung

Andrea Gottlob

Es fehlten:

Heribert Klas , Thomas Marquardt , Fritz Pfau , Lars Wieneke

Tagesordnung

- | | | |
|--|----|--|
| <u>V/0076/2011</u>
IV
<u>V/0029/2011</u>
II | 1. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 2. | PTA-Lehranstalt Münster; hier: Weiteres Verfahren |
| | 3. | Einrichtung eines Bürger/innen-Haushaltes in der Stadt Münster |
| | 4. | Verschiedenes |

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Es gab keine Eingänge und Mitteilungen.

Herr Dr. Heinrichs regte an, das Thema „Betteln“, das zurzeit in der Berichterstattung der Lokalpresse erscheine, in der nächsten Sitzung des Ausschusses aufzugreifen. Die Anregung wurde einvernehmlich unterstützt.

Punkt 2 der Tagesordnung **V/0076/2011**

PTA-Lehranstalt Münster; hier: Weiteres Verfahren

Herr Dreßen beantragte für die CDU-Fraktion, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben. Bevor über den Antrag abgestimmt wurde, gab Herr Goerke noch einige inhaltliche Hinweise zur Vorlage.

Sodann beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig bei Enthaltung der Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen/GAL und DieLinke, den Antrag anzunehmen. Die Vorlage wurde ohne Beschlussfassung geschoben.

Punkt 3 der Tagesordnung **V/0029/2011**

Einrichtung eines Bürger/innen-Haushaltes in der Stadt Münster

Vor Abstimmung über die Vorlage brachte Herr Lenski für die FDP-Fraktion einen Änderungsantrag ein. Herr Lenski begründete den Antrag und stellte fest, dass eine Abstimmung hierüber heute nicht gewünscht sei. Der Antrag sei für die Aussprache in den Fraktionen vor der weiteren inhaltlichen Beratung im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften (AFBL) gedacht.

Herr Dr. Heinrichs gab Hinweise zum Verfahren. Wie der Seite 13 der Vorlage zu entnehmen sei, könne unter Umständen zusätzlicher Personalbedarf entstehen. Aus diesem Grunde sei die Vorlage in der Beratungskette auch dem APRO zugewiesen worden.

Einvernehmen bestand im Ausschuss darüber, die Vorlage inhaltlich eingehend im AFBL zu beraten. Ein weiterer Änderungsantrag des Rats Herrn Powroznik, Piraten, wird dann gegebenenfalls von einer dem AFBL angehörenden Fraktion aufgegriffen und dort gestellt.

Anschließend beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig, dem Rat

die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

Kernarbeitsgruppe zum Bürger/innen-Haushalt

1. Die in der Begründung dargestellten Aktivitäten der Kernarbeitsgruppe, die den Verfahrensentswurf für einen Bürger/innen-Haushalt in der Stadt Münster erarbeitet hat, werden zur Kenntnis genommen.

Einrichtung und Verfahren eines Bürger/innen-Haushalts

- 2.1 Der Einrichtung eines Bürger/innen-Haushaltes in der Stadt Münster gemäß dem in Anlage 1 dargestellten Verfahren ab dem Jahr 2011 wird zugestimmt.
- 2.2 Das Verfahren setzt sich aus folgenden Phasen zusammen:
 - Informationsphase
 - Vorschlagsphase
 - Bewertungsphase
 - Dokumentationsphase
 - Rechenschaftsphase.
- 2.3 Der Bürger/innen-Haushalt besteht aus mehreren Komponenten bzw. Beteiligungsformen:
 - Internet-gestützte Dialoge
 - Veranstaltungen in den Stadtbezirken
 - Schriftliche Umfrage.
- 2.4 Die im Rahmen des Bürger/innen-Haushalts gesammelten und bewerteten Vorschläge werden dem Rat der Stadt Münster gleichzeitig mit Einbringung des jeweiligen Haushaltsplan-entwurfes vorgelegt, so dass die Vorschläge bei den Etatberatungen der Parteien berücksichtigt werden können.

Einrichtung eines Beirates

3. Zur weiteren Begleitung des Bürger/innen-Haushalts wird ein Beirat eingerichtet. Der Beirat tagt unterjährig und kann bei Bedarf Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge zum Verfahren des Bürger/innen-Haushalts erarbeiten. Der Rat der Stadt Münster entscheidet über diese Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge. Der Beirat setzt sich zusammen aus interessierten Bürger/innen, interessierten Vertreter/innen der politischen Parteien in Münster sowie der Verbände und Interessengruppen und Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung.

Verfahrensstart für den Bürger/innen-Haushalt

4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung des Bürger/innen-Haushaltes in Münster kurzfristig so vorzubereiten, dass im April 2011 der Verfahrensstart erfolgen kann. Über die Startvorbereitungen und den Verfahrensstart wird die Verwaltung in der April-Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften berichten.

Umsetzung politischer Anträge

5. Mit Umsetzung dieser Vorlage ist der Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Münster Nr. A-R/0025/2009 „Rathaus öffnen: Bürgerhaushalt für Münster“ vom 16.11.2009 erledigt.
6. Der Antrag der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Münster Nr. A-R/0014/2010 „Modellversuch: Bürgerbeteiligung bei der Vergabe der frei verfügbaren Mittel in einer Bezirksvertretung ermöglichen“ vom 11.01.2010 wird in der Weise aufgegriffen, dass zahlreiche bezirksbezogene Elemente in das Verfahren für den Bürger/innen-Haushalt aufgenommen werden. Mit Umsetzung dieser Vorlage ist der Antrag der FDP-Fraktion erledigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die Aufwendungen für die Einführung des Bürger/innen-Haushalts werden sich im Jahr 2011 voraussichtlich auf rd. 60.000 Euro belaufen. Hiervon entfallen auf die Produktgruppe

- 0109 „Finanz- und Beteiligungsmanagement“ 15.000 Euro für Öffentlichkeitsarbeit und Vor-Ort-Veranstaltungen und 40.000 Euro für die Erstellung der Internetplattform (nach heutigen Anforderungen, die endgültigen Kosten für die Internetplattform können erst nach Erstellung des Pflichtenheftes detailliert genannt werden). Darüber hinaus ist nach heutiger Einschätzung mit Folgekosten für Betrieb, Wartung und kleinere Anpassungen der Internetplattform in Höhe von jährlich ca. 10.000 Euro zu rechnen.
- 0901 „Stadt- und Regionalentwicklung, Stadtplanung“ in Höhe von 5.000 Euro (Durchführung einer Bürgerumfrage als Teil des Bürgerhaushalts).

Die Aufwendungen sind zunächst aus den Budgets der zuvor genannten Produktgruppen zu bestreiten. Mit dem geplanten Nachtrag zum Haushaltsplan 2011 sind die Mittel dann zusätzlich bereitzustellen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Frau Wendland schlug vor, die für den 22.02.2011 terminierte Sitzung ausfallen zu lassen, da bislang keine Beratungspunkte angemeldet seien. Einvernehmlich wurde der Vorschlag angenommen. Die dann folgende planmäßige Sitzung findet am 22.03.2011 statt.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Gez.
Simone Wendland
Vorsitz

gez.
Andrea Gottlob
Schriftführung